

Protokoll

Gremium: Jugendhilfeausschuss

Sitzungsdatum: Mittwoch, den 19.02.2020
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:22 Uhr
Sitzungsort: Carlo-Collodi-Schule, Zum Hullen 1, 26655 Westerstede-Linswege

Anwesend:

Mitglieder

Frau Sylvia Bäcker
Frau Claudia Beeken
Herr Jürgen Drieling
Herr Georg Köster
Herr Frank Lukoschus
Herr Harald Schmidt
Frau Birgit Stadlik
Frau Irmgard Stolle
Frau Kira Wiechert

Vertretung für KA Miks
Vertretung für KA Preussner

von der Verwaltung

Herr Kreisrat Ingo Rabe
Frau Kreisverwaltungsoberrätin Petra Knetemann
Herr Ansgar Melter, Leiter Beratungsstelle
Frau Alena Schulz, Kreisjugendpflegerin

Protokollführer

Frau Annemarie Schröder

beratendes Mitglied

Frau Marion Brötje
Frau Gleichstellungsbeauftragte Anja Kleinschmidt
Herr Regionaljugendreferent Johannes Maczewski, Vertreter der evangelischen Kirche

Abwesend:

Vorsitzende/r

Frau Susanne Miks

Mitglieder

Herr Hartwin Preussner

hinzugewählte Mitglieder

Frau Judith Jachmann, Richterin am Amtsgericht
Frau Katharina Kroll

Frau Marie-Luise Weber, AG der freien Wohlfahrtsverbände

beratendes Mitglied

Herr Dietmar Biniasz, Vertreter der katholischen Kirche

Frau Sabine Eisenhuth, Landesschulbehörde

Frau Ute Fründt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit
- 3 Feststellung der Tagesordnung
- 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.11.2019
- 5 Einwohnerfragestunde
- 6 Bericht der Leiterin des Jugendamtes
- 7 Bericht der Kreisjugendpflegerin
Vorlage: MV/010/2020
- 8 Beitragsfreiheit in Kindergärten; Ausgleichsleistungen an die kreisangehörigen Kommunen
Vorlage: BV/006/2020
- 9 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Bericht zum Stand der Inklusion
Vorlage: MV/011/2020
- 10 A.K.i.A e. V.; Antrag auf Erhöhung der Kostenerstattung für Fortbildung für Kindertagespflegepersonen im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/012/2020
- 11 Mitteilungen des Landrates
- 12 Anfragen und Hinweise
- 13 Einwohnerfragestunde
- 14 Schließung der öffentlichen Sitzung

Vor der Sitzung wurden die Ausschussmitglieder von der Schulleiterin Frau Bredemeyer begrüßt und über die Arbeitsweise der Carlo-Collodi-Schule informiert. Frau Bredemeyer berichtet dabei über das Verhalten und den Umgang mit den Schülern sowie über Rahmenbedingungen. Im Anschluss an den Vortrag fand eine Besichtigung der Einrichtung unter Beteiligung eines Schülers statt.

Öffentlicher Teil

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Stellvertretende Vorsitzende Stolle eröffnet um 16:00 Uhr die Sitzung des Jugendhilfeausschusses und begrüßt die Anwesenden.

Es wird darauf hingewiesen, dass die Sitzung auf Tonträger aufgenommen und diese Aufzeichnung nach Genehmigung des Protokolls wieder gelöscht wird.

Zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Stellv. Vors. Stolle stellt fest, dass die Ladung zur Sitzung ordnungsgemäß erfolgt und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Zu TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Die Tagesordnung laut Deckblatt wird einstimmig festgestellt.

Zu TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.11.2019

Gegen die vorgenannte Niederschrift werden keine Einwendungen erhoben; sie wird einstimmig genehmigt.

Zu TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 6 Bericht der Leiterin des Jugendamtes

KVOR Knetemann trägt anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 1) den Bericht vor. Sie berichtet ausführlich über die Arbeit im Jugendamt. Sie macht insbesondere deutlich, wie hoch die Kosten im Bereich der wirtschaftlichen Jugendhilfe sind. Im Weiteren geht sie besonders auf den Bereich Unterhalt nach SGB II und SGB XII ein. Fragen aus der Mitte der Ausschussmitglieder, die im Laufe des Berichtes gestellt werden, werden von KVOR Knetemann bzw. KR Rabe ausführlich beantwortet.

KA Lukoschus ist der Ansicht, dass die Öffentlichkeit viel mehr über die Arbeit des Jugendamtes und der verschiedenen Einrichtungen informiert werden müsse.

Dadurch würden auch die hohen Investitionen und Kosten besser nachvollziehbar gemacht.

KA Drieling geht auf das Thema Vorsorgevollmachten und Patientenverfügung ein. Ihm sei bekannt, dass der Hospiz-Verein Schulungen anbiete. Er fragt nach, ob auch der Landkreis über das Jugendamt solche Schulungen anbiete.

KVOR Knetemann teilt mit, dass das Jugendamt über Auswirkungen bei der Vorsorgevollmacht informiere. In Bezug auf Patientenvollmachten werde man nur beratend tätig. Es werde dabei darauf hingewiesen, dass Vordrucke auf der Homepage des Landkreises zur Verfügung gestellt würden. Im Jugendamt können diese Vollmachten beglaubigt werden.

KA Drieling schlägt vor, diese Information öffentlich zu machen.

KVOR Knetemann informiert darüber, dass der stellv. Jugendamtsleiter Herr Bekaam in Kürze in den Ruhestand versetzt werden wird und die Position von Frau Kraiker, einer langjährigen Mitarbeiterin des Jugendamtes besetzt werde. Des Weiteren macht KVOR Knetemann deutlich, dass es im Jugendamt zu häufigen Personalwechseln komme. Dies sei aber bei der Größe des Jugendamtes mit 71 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine normale Entwicklung.

Stellv. Vorsitzende Stolle dankt KVOR Knetemann für den interessanten und aufschlussreichen Bericht.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 7 Bericht der Kreisjugendpflegerin
Vorlage: MV/010/2020**

Kreisjugendpflegerin Schulz berichtet anhand einer Power-Point-Präsentation (Anlage 2) über die Arbeit der Kreisjugendpflege und informiert über die Weiterqualifizierung im Ehrenamt. Abschließend stellt sie den Flyer für das Sorgen- und Krisentelefon vor und weist darauf hin, dass für dieses Ehrenamt weitere ehrenamtlich Tätige benötigt werden.

Herr Folkers von der Beratungsstelle für Kinder, Jugendliche und Eltern des Landkreises Ammerland berichtet ausführlich über die Arbeit beim Sorgen- und Krisentelefon. Er führt aus, welche Voraussetzungen man als ehrenamtliche Mitarbeiterin/ehrenamtlicher Mitarbeiter mitbringen solle, um die Tätigkeit am Sorgen- und Krisentelefon ausüben zu können. Die Beratungsstelle biete Schulungen und regelmäßige Fortbildungen und Supervisionen an. Im Weiteren stellt er dar, welcher Personenkreis mit welchen Problemen das Krisentelefon nutzt. In diesem Zusammenhang macht er deutlich, dass viele Anrufer Wiederholungsanrufer seien und wie damit umgegangen werde. Quantitativ sei die Auslastung des Sorgen- und Krisentelefon gut. Es würden aber noch zusätzliche ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gesucht.

In einer sich anschließenden kurzen Diskussion unter Teilnahme von KA Drieling, KA Köster und KA Lukoschus werden Fragen von Herrn Folkers beantwortet.

Stellv. Vors. Stolle dankt Frau Schulz und Herrn Folkers für die Berichterstattung und Informationen.

**Zu TOP 8 Beitragsfreiheit in Kindergärten; Ausgleichsleistungen an die kreisangehörigen Kommunen
Vorlage: BV/006/2020**

KR Rabe verweist auf die ausführliche Vorlage. Er erläutert, dass das Land Niedersachsen die Beitragsfreiheit in den Kindergärten eingeführt habe und daher der Konnexitätsgrundsatz zu beachten gewesen sei. Deshalb müsse das Land Ausgleichszahlungen leisten. Diese Leistungen reichten jedoch nicht aus. Deshalb werde auch der Landkreis die im Rahmen der wirtschaftlichen Jugendhilfe eingesparten Leistungen für übernommene Elternbeiträge im System belassen und an die Gemeinden auskehren. Hierzu gab es eine Abstimmung mit den Bürgermeistern/der Bürgermeisterin der kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede. Die interne Verteilung auf die Gemeinden/Stadt müsse noch im Rahmen einer gemeindlichen Arbeitsgruppe geregelt werden.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

Den kreisangehörigen Gemeinden und der Stadt Westerstede werden zur weiteren Defizitabdeckung aufgrund der umgesetzten Beitragsfreiheit in Kindergärten Finanzmittel in Höhe von insgesamt 268.300,00 Euro gestaffelt in drei Abschläge für die Zeit

- a) vom 01.08.18 bis 31.12.19 in Höhe von **126.700,00 €** im Haushaltsjahr 2019 und
- b) vom 01.01.20 bis 31.12.20 in Höhe von **89.400,00 €** im Haushaltsjahr 2020 und
- c) vom 01.01.21 bis 31.07.21 in Höhe von **52.200,00 €** im Haushaltsjahr 2021

bewilligt. Der Betrag für 2018/2019 wird aus Haushaltsmitteln des Jahres 2019 aus dem Budget des Jugendamtes über eine Rückstellungsbildung zur Verfügung gestellt. Der Betrag für 2020 in Höhe von 89.400,00 Euro wird außerplanmäßig gem. § 117 Abs. 1 NKomVG im Haushalt 2020 aus allgemeinen Finanzmitteln zur Verfügung gestellt. Die außerplanmäßigen Mehraufwendungen sind durch die Mehrerträge bei der Kreisumlage gedeckt. Der Betrag für 2021 wird im Rahmen der Haushaltsplanungen für das Jahr 2021 berücksichtigt werden.

**Zu TOP 9 Antrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen; Bericht zum Stand der Inklusion
Vorlage: MV/011/2020**

Stellv. Vors. verweist auf die ausführliche Vorlage.

KA Köster dankt der Kreisverwaltung für die umfangreiche Ausarbeitung. Es sei deutlich geworden, dass der Landkreis Ammerland nur für die BBS Rostrup und nicht für allgemeinbildende Schulen des Landkreises Ammerland zuständig sei.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

**Zu TOP 10 A.K.i.A e. V.; Antrag auf Erhöhung der Kostenerstattung für Fortbildung für Kindertagespflegepersonen im Landkreis Ammerland
Vorlage: BV/012/2020**

Stellv. Vors. Stolle führt kurz in den Sachverhalt ein und verweist auf die Vorlage.

KVOR Knetemann führt aus, dass der Antrag der A.K.i.A e. V. nachvollziehbar sei. Mit der letzten Satzungsänderung sei eine Anpassung vorgenommen worden, um mehr an der Qualität zu arbeiten und die Fortbildungsverpflichtungen seien ausgeweitet worden. Des Weiteren sei auch der Beitrag für Fortbildungen heraufgesetzt worden. Da aber gute Fortbildungen teuer seien, müssten die Beiträge nochmals angepasst werden.

Dem Kreistag wird einstimmig vorgeschlagen:

1. Der Erstattungsbetrag für die notwendigen Fortbildungen der Kindertagespflegepersonen im Landkreis Ammerland wird auf einen jährlichen Maximalbetrag von 150,00 Euro ab dem Kindergartenjahr 2020/2021 (01.08.2020) erhöht.
2. Die Änderung in § 6 Nr. 1 + 2 der Satzung des Landkreises Ammerland über die Förderung von Kindern in Tagespflege in der vorgelegten Form wird zum 01.08.2020 beschlossen.

Zu TOP 11 Mitteilungen des Landrates

KR Rabe geht auf das in der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 07.03.2019 beschlossene Pilotprojekt „Vertretungsstützpunkt“ für Tagespflege von Kindern ein. Er teilt mit, dass der Vertretungsstützpunkt noch nicht in Betrieb genommen werden konnte. Die Anmietung des Pfarrhauses in Ocholt als Stützpunkt sei spät erfolgt und dieses befinde sich noch in der Renovierungs- und Umbauphase. Des Weiteren habe es Personalwechsel gegeben. Die treibende Kraft des Vereins, die frühere Vorsitzende Frau Helmers habe den Verein verlassen.

Zwischenzeitlich habe eine Prüfung ergeben, dass das Projekt nicht wie vorgesehen mit Honorarkräften umgesetzt werden können, da es sich hier um eine sozialversicherungspflichtige, weisungsgebundene Tätigkeit handle. KR Rabe erläutert, dass die Rechtsprechung hier deutlich restriktiver geworden sei. Es würden zusätzliche Personalnebenkosten für den Verein anfallen. Der Verein habe zugesagt, dass eine entsprechende Kalkulation ausgearbeitet werde. Die Inbetriebnahme werde nach der Renovierungs- und Umbauphase und nach Einstellung von geeignetem Personal erfolgen. Dem Verein sei deutlich gemacht worden, dass der beschlossene Kostenrahmen verbindlich sei und zunächst die Personalausstattung anzupassen sei. Im

Ergebnis werde sich der Ausschuss aber in der Herbstsitzung noch einmal mit dem Projekt befassen müssen, wenn ein überarbeiteter Kostenplan vorliege.

KA Köster fragt nach, wann in etwa mit der Inbetriebnahme zu rechnen sei.

KVOR Knetemann antwortet, dass mit der Inbetriebnahme im März oder Anfang April gerechnet werden könne.

KR Rabe führt aus, dass entscheidend sei, dass der bewilligte Kostenrahmen nicht überschritten werde. Die Bewilligung von Mehrausgaben müsste ggf. über die Gremien beschlossen werden. Man habe dem Verein signalisiert, dass man das Pilotprojekt grundsätzlich auch unter den veränderten Rahmenbedingungen weiterhin unterstützen wolle und bitte insoweit um zustimmende Kenntnisnahme.

Auf Nachfrage von KA Lukoschus, ob das Projekt immer in Ocholt geplant gewesen sei, antwortet KVOR Knetemann, dass der erste Antrag ursprünglich von Tagesmüttern aus Bad Zwischenahn gestellt worden sei. Das seinerzeit angedachte Pilotprojekt in Kayhausen sei nicht zustande gekommen und sei auch nicht vom Landkreis unterstützt worden, da es nicht für alle Tageseltern zugänglich gewesen sei.

Zu TOP 12 Anfragen und Hinweise

- a) KA Schmidt erinnert an den Tagesordnungspunkt „Förderung von Jugendpflegemaßnahmen“ aus der Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 7. November 2019. In der Sitzung habe man den Beschluss vertagt, um das Thema in den Fraktionen ausführlicher beraten zu können. Er bittet darum, die Förderung von Jugendpflegemaßnahmen im nächsten Jugendhilfeausschuss wieder auf die Tagesordnung zu nehmen. Er bittet weiterhin die Fraktionen, sich die Zeit zu nehmen, die Förderung von Jugendpflegemaßnahmen bis zur nächsten Sitzung zu beraten. Die SPD-Fraktion werde der Kreisverwaltung in Kürze seine Vorschläge vorlegen.

KA Schmidt erläutert, dass der Einsatz von weiblichen Betreuungsfachkräften bei Jugendpflegemaßnahmen vielfach diskutiert worden sei. Er bittet darum, bei einer Entscheidungsfindung daran zu denken, dass meistens weibliche und männliche Jugendliche an Jugendmaßnahmen teilnehmen. Bei der Teilnahme von weiblichen Jugendlichen müsste eine weibliche Betreuungskraft vorgehalten werden, die keine Fachkraft sein müsse. Den Einsatz einer weiblichen Betreuungskraft wolle die SPD-Fraktion in der Förderrichtlinie berücksichtigt wissen.

- b) KA Schmidt teilt mit, dass vom 18. bis 25. Juli 2020 in Apen eine Jugendmaßnahme stattfinde, an dem u. a. Jugendliche aus dem Landkreis Ammerland teilnehmen werden. Insgesamt würden an dieser Maßnahme über 400 Jugendliche und Betreuerinnen und Betreuer teilnehmen. Er lädt die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses ein, diese Veranstaltung zu besuchen, um sich vor Ort ein Bild machen zu können, wofür die bereitgestellten Zuschüsse eingesetzt würden.

- c) KA Lukoschus führt aus, dass es ihm eine Herzensangelegenheit sei, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Jugendamtes und der Kreisverwaltung für die Arbeit im Jugendhilfebereich zu danken.

KA Schmidt schließt sich dem Dank von KA Lukoschus an. Es mache Sinn, die Sitzung des Jugendhilfeausschusses auch in Institutionen zu verlegen, die vom Landkreis gefördert werden, um sich vor Ort von der Arbeit ein Bild machen zu können.

Zu TOP 13 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen.

Zu TOP 14 Schließung der öffentlichen Sitzung

Stellv. Vors. Stolle dankt der Schulleiterin Frau Bredemeyer für ihren Vortrag und die Führung durch die Einrichtung sowie für die Gastfreundschaft. Sie schließt sodann die öffentliche Sitzung.